

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums epf

Nr. 176



Imperialistisches Vorherrschaftsstreben – Gefahr für den Frieden der Welt

Eine Dokumentation

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: August 2015

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Seit 20 Jahren betreiben die USA - nach dem Zerfall der Sowjetunion - mit der NATO-Osterweiterung die Einkreisung Russlands. Ehemalige Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages, darunter ehemalige Sowjetrepubliken, wurden in den nordatlantischen Interventionspakt eingegliedert, entgegen offiziellen US-amerikanischen, bundesdeutschen und NATO-Versprechen. Unter Bruch auch der 1997 zwischen Russland und der NATO getroffenen Vereinbarung, dass man sich gegenseitig „nicht mehr als Gegner betrachtet.“ Was, wie seinerzeit festgeschrieben wurde, die „dauerhafte Stationierung von zusätzlichen Bodentruppen“ der NATO in den russlandnahen Staaten ausschließen sollte. (1)

Die George W. Bush-Administration hatte 2002 bereits den sogenannten No-Rivals-Plan beschlossen. Danach galt und gilt nach wie vor, keine Konkurrenten und Rivalen des US-Imperiums zu dulden. Obama verkündete wiederholt, getreu dieser Doktrin, dass die USA die Welt führen müssen. Die Einkreisungspolitik gegenüber Russland hat dazu geführt, dass 74 Jahre nach dem Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion NATO-Truppen 150 Kilometer vor St. Petersburg stehen. „US-U-Boote sind in ständiger Bereitschaft vor der norwegischen Küste; sie sind mit Raketen ausgestattet, deren Flugzeit nach Moskau 17 Minuten beträgt“, stellte der russische Präsident in einem Interview mit der Mailänder Tageszeitung „Corriere della Sera“ fest. (2)

Mit dem von den USA organisierten Putsch in der Ukraine will die NATO an der Südwestflanke der Russischen Föderation einen großflächigen Frontstaat schaffen. Das nach dem Regimechange in Kiew mit Hilfe von Faschisten installierte Regime hatte schon angedacht, den für die russische Schwarzmeer-Flotte in Odessa bestehenden und bis 2042 laufenden Pachtvertrag mit Russland zu kündigen. In Brüssel frohlockten bereits die NATO-Planungsexperten.

Das Moskauer Warnsignal und die aggressive NATO-Reaktion

Russland stellt seit der Präsidentschaft Putins für den Weltherrschaftsanspruch des US-Imperialismus das Haupthindernis dar.

1 Spiegel online, 14. Juni 2015

2 zit. in: Junge Welt, 8. Juni 2015

Moskau zeigte sich nach dem neuen massiven NATO-Vormarsch entschlossen, die Bedrohung seiner nationalen Interessen nicht tatenlos hinzunehmen. Dem Ersuchen der großen Mehrheit der Bevölkerung der Autonomen Krim-Republik, in die Russische Föderation aufgenommen zu werden, wurde entsprochen. Die Krim gehört, wie jahrhundertlang, wieder zu Russland. Die Russische Schwarzmeer-Flotte behält ihren Stützpunkt. Moskau verwehrt es eigenen Staatsbürgern auch nicht, der russischen Bevölkerung in der Ostukraine – oftmals Verwandten - im Kampf gegen Kiews von Faschisten durchsetzten oder gar befehligten Bürgerkriegstruppen zur Hilfe zu kommen.

Die westliche Heuchelei begann zu galoppieren. Die antirussische Bedrohungslüge hatte Hochkonjunktur. Russland bedrohe seine Nachbarn in den baltischen Staaten und in Polen, ja, es gefährde den Weltfrieden, tönte es aus Washington und Berlin.

Das NATO-Stützpunktsystem in ost- und südosteuropäischen NATO-Mitgliedsstaaten wird weiter ausgebaut. Ebenso das NATO-Raketenabwehrsystem, mit dem die Zweitschlagkapazität Russlands ausgeschaltet werden soll. (*Übrigens: Nach dem Zustandekommen des Langzeitabkommens über das iranische Atomprogramm ist der vorgeschobener Grund Washingtons für den Aufbau des Raketensystems hinfällig geworden.*)

Bei einem Großmanöver in Polen und weiteren NATO-Manövern in Grenznähe zu Russland, in der Ostsee und im Schwarzen Meer wurde der „Ernstfall“ geprobt. Die unter Führung der Bundeswehr stehende „Schnelle Eingreiftruppe“, die auf 30.000 bis 40.000 Soldaten aufgestockt werden soll, übt den Zugriff auf russisches Territorium. Nuklearkriegsvorbereitungen der USA und der NATO gegen Russland wurden durch Fakten erhellt, die die „Junge Welt“ veröffentlichte. So informierte im Dezember 2014 der stellvertretende Staatssekretär für Verteidigungsfragen im Pentagon, McKeon, dass die USA „in Erwägung ziehen, neue bodengestützte Marschflugkörper (Cruise Missiles) in Europa zu stationieren... Solche Waffen sind seit dem Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) aus dem Jahre 1987 verboten.“ (3)

Am 15. April behauptete der US-Staatssekretär für Verteidigungsstrategie und militärische Planung, Scher, bei seiner Anhörung vor dem Streitkräfteausschuss des Repräsentantenhauses, „Moskau verstoße durch angebliche Tests eines neuen Marschflugkörpers gegen den INF-Vertrag und präsentierte anschließend einige Optionen gegen Russland, wozu auch die Möglichkeit eines nuklearen Erstschlags gehörte.“ (4) Die Meldung über angebliche russische Tests erwies sich übrigens als Ente.

„Am 5. Juni kam Verteidigungsminister Carter zu einem Blitzbesuch ins US-Hauptquartier in Stuttgart. Dort habe er, so die Agentur AFP unter Berufung auf offizielle Quellen im Pentagon, mit hohen Kommandeuren und Diplomaten die nuklearen Optionen der USA gegen Russland besprochen.“ (5)

Inzwischen wurde bekannt, dass das Pentagon am 1. Juli einen Test mit der B 61-12 Atombombe durchführen ließ. Da die Stationierung von Nuklearwaffen in Europa geplant ist, die Russland erreichen können, ist nicht auszuschließen, dass der Test diesem Ziel diene. Angesichts der „russischen Bedrohung“ solle, so Washington, nicht nur das konventionelle, sondern auch das nukleare Potential der USA weiter erhöht werden. (6)

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, dass Obama ein milliardenschweres Programm für die Modernisierung des US-amerikanischen Atomwaffenarsenals veranlasste. In dieses Programm einbezogen sind auch die auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen. Etliche Milliarden Dollar hat die Obama-Administration bereits in die Modernisierung von Sprengköpfen gesteckt. (7) In der antirussischen Hetze, die Moskau eine Hochrüstung unterstellen will, wird verschwiegen, dass die Militärausgaben der USA die russischen um das Sechsfache und die der NATO die russischen um das Zehnfache übersteigen. (8)

Dass bei den Nuklearkriegs-Planungen der USA ihr konventionelles Potenzial keineswegs unbedeutend wird, beweist eine Erklärung

4 ebenda

5 ebenda

6 RT deutsch, 13. Juli 2015

7 www.zeit.de

8 Berliner Zeitung, 17. Juni 2015, Junge Welt, 18. Juni 2015

aus dem Pentagon im Juni 2015. Man werde ein „deutliches Signal an die Kreml-Führung schicken“, hieß es da. Und zwar wegen angeblicher russischer Drohungen, die baltischen Staaten zu überfallen. Laut „New York Times“ sieht das als „Signal“ zu verstehende „Planspiel“ des Pentagon so aus: „Schwere Waffen für bis zu 5.000 US-Soldaten sollen in Osteuropa und im Baltikum stationiert werden.“ (9) Genannt wurden Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien. Die Stationierung soll zusätzlich zu den neu geschaffenen NATO-Stützpunkten entlang der russischen Grenze erfolgen. Das russische Verteidigungsministerium bezeichnet das Pentagon-„Planspiel“ an der Grenze zu Russland als „aggressivste Maßnahme der USA und der NATO seit Ende des Kalten Krieges.“ (10) Putin berief sich auf das Recht Russlands auf Selbstverteidigung, als er feststellte: „Wenn jemand unsere Sicherheit bedroht, werden wir unsere Schlagkraft auf die Territorien richten, von denen die Drohung ausgeht.“ (11) Russland werde das Arsenal an Interkontinentalraketen um 40 Einheiten ausbauen. Sie könnten auch mit Atomsprenköpfen bestückt werden und seien in der Lage, „selbst die technisch fortgeschrittensten Abwehrsysteme zu überwinden.“ (12) Ein weiteres Stoppsignal also aus Moskau.

Westliche Politiker reagierten nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ „Putin auf Konfliktkurs“, tönte es. NATO-Generalsekretär Stoltenberg wurde vorgeschickt, um zu artikulieren: „Das nukleare Säbelrasseln Russlands ist ungerechtfertigt, destabilisierend und gefährlich.“ (13) US-Kriegsminister Carter wiederholte kurz darauf die Unterstellung. BRD-Außenminister Steinmeier, der die friedensgefährdenden US-Pläne kennt, distanziert sich davon nicht etwa. Er zeigte sich vielmehr erbost über die Gegenmaßnahmen der russischen Regierung. Er sehe darin „keinen wirklich hilfreichen Beitrag zu Stabilität und Entspannung in Europa.“ (14) Frau Merkel ließ ihren Regierungssprecher in gleicher Weise verkünden, die russische

9 Spiegel online, 14. Juni 2015

10 Reuter, 15. Juni 2015

11 Berliner Zeitung, 18. Juni 2015

12 dpa, 18. Juni 2015

13 Spiegel online, 17. Juni 2015

14 ebenda

Maßnahme sei „kein hilfreicher Beitrag zur Überwindung der Schwierigkeiten, die gegenwärtig bestünden.“ (15)

Psychokrieg eskaliert

Die seit einem Jahr betriebenen militärischen Aktionen der USA und der NATO sind von einer üblen russenfeindlichen Hetze begleitet, die die Bedrohungslüge mit ins Feld führt. Der Hauptstoß ist gegen den Präsidenten des Landes gerichtet.

Obamas Infamie, die er in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung vortrug, indem er Russland zwischen Ebola und dem Islamischen Staat einstuft, wurde inzwischen vom designierten US-Generalstabschef Dunford noch überboten. Der verstieg sich zu der ungeheuerlichen Hasstirade, Russland und China seien eine noch größere Bedrohung für die USA als die Terrormiliz Islamischer Staat (IS). „Russland stellt die größte Bedrohung für unsere nationale Sicherheit dar“, so der Top-Militär der USA. Das Verhalten Russlands sei „nichts weniger als alarmierend.“ (16)

Wenige Tage zuvor war in dem Strategiebericht des US-Verteidigungsministeriums vor einer geringen, aber wachsenden“ Wahrscheinlichkeit die Rede, dass die Vereinigten Staaten einen Krieg mit einer Großmacht führen. Ein solcher Krieg hätte „immense“ Auswirkungen. (17) US-Kriegsminister Carter wiederum versuchte den aggressiven NATO-Aufmarsch an Russlands Grenzen als „Verteidigungsakt“ hinzustellen. Er, Vertreter einer Administration, die die ganze Welt als US-amerikanisches Operations- und Einflussterrain betrachtet, droht zugleich, man werde sich Russland „entgegenstellen, wenn es versucht, sich eine Einflussphäre wie in Sowjetzeiten zu verschaffen.“ (18)

BRD-Außenminister Steinmeier „befürchtet“ mit vorwurfsvollem Blick auf Moskau eine „Eskalationsspirale der Worte und dann auch der Taten.“ Doch er und seine Regierungschefin verloren kein Wort, als der russische Präsident mit Hitler verglichen wurde! Aus Berlin war kein Protest zu vernehmen, als Mordanschläge gegen

15 ebenda

16 Berliner Zeitung, 11./12. Juli 2015

17 Junge Welt, 3. Juli 2015

18 Junge Welt, 23. Juni 2015

Putin von Timoschenko und anderen Hasspredigern laut wurden! Kein Wort der Entrüstung und Zurückweisung war aus Berlin zu hören, als Russen in Kiew, wie zu Zeiten des faschistischen Deutschland, als „Untermenschen“ verketzert wurden! Ein Wortschwall westlicher Politiker erfolgt dagegen, wenn Moskau auf geplante oder vollzogene US-amerikanische Aggressionsakte unmissverständlich reagiert. Das bedeute „keinen wirklichen Beitrag zu Stabilität und Entspannung in Europa“, wird dann lamentiert. Systematisch werden Ursache und Wirkung von politischen Spannungen vertauscht.

Aus Kiew, das von den USA und anderen NATO-Ländern mit Waffen und Beratern versorgt wird, mischt sich ein gewisser Gorbulin, Berater des ukrainischen Präsidenten Poroschenko, in den westlichen Propagandakrieg ein. In einem „offenen Krieg“ mit Russland sieht er für die Ukraine mehr Chancen als Risiken. Die Einhaltung des Minsker Abkommens liege ja nur im Interesse Russlands, meint er. In westlichen Hauptstädten werden derartige provokatorische Äußerungen als selbstverständliche politische Meinungsäußerungen registriert. So auch die von Poroschenko vor Monaten offen bekundete Kriegsbereitschaft gegenüber Russland.

Deutschlands Bundeswehrministerin von der Leyen serviert Heuchelei, Bedrohungslüge und Geschichtsfälschung gleich gebündelt. So ist von ihr zu vernehmen, die angekündigte Stationierung schwerer US-Waffen vor Russlands Grenzen sei „eine angemessene defensive Maßnahme.“ (19) Die deutsche Ministerin, die eine Führungsrolle beim Fitmachen der „Schnellen Eingreiftruppe“ der NATO in osteuropäischen Ländern spielt, wartet mit der Lüge einer bleibenden Bedrohung Deutschlands – zunächst durch die Sowjetunion und nun durch Russland – auf: „Wir haben viele, viele Jahre in 60 Jahren NATO davon profitiert, dass die Amerikaner uns in Deutschland auch geschützt haben.“ Jetzt sei es wichtig, dass die NATO auch für den Schutz der östlichen Mitglieder Sorge. (20)

Von der Leyen, die wie ihre Amtskollegen alle Vorschläge der Russischen Föderation für die Schaffung einer Sicherheitsarchitektur

19 Berliner Zeitung, 19. Juni 2015

20 ebenda

für Europa und für friedliche Koexistenz ignoriert hat, bekennt sich zu diesem abenteuerlichen Kurs: „Aus einer Position der Stärke lässt sich besser mit Moskau sprechen.“ (21) Europa erlebt infolge fortgesetzter, gegen Russland gerichteter US-amerikanischer Militarisierungsschritte im Osten des Kontinents und Psychologischer Kriegsführung eine Phase ernster Destabilisierung, die eine akute Gefahr für den Frieden der Welt heraufbeschwört. Der gefährliche, von Washington gesteuerte Konfrontationskurs bewegt sich am Rande des Abgrunds.

Die Bedrohungslüge hat beim Vorherrschaftsstreben imperialistischer Hauptmächte und ihrem Zündeln zweier Weltkrieg eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Im Ersten Weltkrieg ging es dem deutschen Imperialismus um den „Platz an der Sonne“, um Weltherrschaft. Im Zweiten Weltkrieg gierte der deutsche Imperialismus in seiner faschistischen Herrschaftsform darum, dass ihm „die ganze Welt“ gehöre. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges strebt der US-Imperialismus danach, in einer unipolaren Welt seine Machtgelüste als Weltgendarm austoben zu können. Antirussische, antisowjetische und wieder antirussische Bedrohungsszenarien mussten herhalten, um die Völker der Welt in verheerende Krieg zu stürzen. Die Rolle der Jahrhundertlüge soll mit einem Blick zurück in die Geschichte veranschaulicht werden. Ausführlicher ist die Rolle der BRD im Nachkriegsdeutschland behandelt, eines Staates, der nach dem Anschluss der DDR an der Seite des US-Imperialismus in der Weltpolitik seine Hegemoniebestrebungen vorträgt.

Um den „Platz an der Sonne“

1887, fast 50 Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg, brachte der damalige kaiserliche Botschaftsrat in Sankt Petersburg, von Bülow, später deutscher Reichskanzler, einen Schlachtplan gegen Russland zu Papier. Einer „Bedrohung“ des Reichs durch das zaristische Russland wurde das Wort geredet und einer Präventivstrategie gehuldigt. U. a. hieß es in dem Papier: „Wir müssen eventuell dem Russen so

viel Blut abzapfen, dass derselbe sich nicht erleichtert fühlt, sondern 25 Jahre außerstande ist, auf den Beinen zu stehen. Wir müssen die wirtschaftlichen Hilfsquellen Russlands für lange hinaus durch Verwüstung seiner Schwarzerd-Gouvernements, Bombardierung seiner Küstenstädte, mögliche Zerstörung seiner Industrie und seines Handels zuschütten. Wir müssten endlich Russland von jenen beiden Meeren, der Ostsee und dem Schwarzen Meer, abdrängen, auf denen seine Weltstellung beruht.“ (22)

Der von Hass erfüllte Eroberungsdrang entsprach dem Wesen des sich entwickelnden und an die Weltspitze drängenden deutschen Imperialismus. Der Sieg über Frankreich, die Reichsgründung im besetzten Versailles, die Kriegskontributionen, die Paris an Deutschland zu zahlen hatte, der wirtschaftliche Aufschwung, der von Alldeutschen Ideologen verbreitete Mythos, dass am deutschen Wesen die Welt genesen solle, inspirierte Bülow zu den genannten Zielvorstellungen. Die Rüstung lief auf Hochtouren. Das Deutsche Reich, so die Propagandisten des kaiserlich-imperialistischen Systems, sei von Einkreisung feindlicher Mächte bedroht, darunter nicht zuletzt von Russland.

Wenige Tage vor dem Mordanschlag auf den österreichischen Thronfolger im serbischen Sarajewo erschien am 20. Juni 1914 im „Berliner Lokal-Anzeiger“ ein vom kaiserlichen Auswärtigen Amt lanciertes Interview. Darin wurde als ernstes Problem für Deutschland die Beschaffung „hinreichender Absatzgebiete für die mächtig aufstrebende deutsche Industrie“ genannt. Dieses Problem sei „mit bloßer Friedensliebe nicht aus der Welt zu schaffen.“ Der Mord an Erzherzog Franz Ferdinand bot für Wien und Berlin den Anlass, längst entwickelte Expansionspläne in die Tat umzusetzen. Russland als „Führungskraft“ der slawischen Brudervölker kam ins Visier der Kriegsplaner des deutschen Generalstabs, zumal anzunehmen war, dass es bei einer „Abrechnung“ mit Serbien dem Brudervolk zu Hilfe eilen würde. Und so wurde Serbien mit einem unannehmbaren österreichisch-ungarischen, von Deutschland unterstützten Ultimatum konfrontiert. In Berlin hatte Wilhelm II. Österreich-Ungarn zur militärischen Bestrafung Serbiens mit den Worten

befeuert: „Jetzt oder nie!“ (23) Russland leitete die Mobilmachung ein. Daraufhin erfolgte die deutsche Kriegserklärung an Russland. Frankreich, mit Russland verbündet, erklärte Deutschland den Krieg. Der Erste Weltkrieg war eingeleitet. Die dabei vom deutschen Kaiserreich angewandte Bedrohungslüge hatte ihre Funktion erfüllt.

Militärische Intervention gegen die Alternative

Der Erste Weltkrieg erwies sich für den US-Imperialismus als „Retter in der Not“. Die Wirtschaft, Ende 1914 in die Krise geraten, erlebte während des Krieges einen kräftigen Aufschwung. Während die europäischen Länder im fast vierjährigen Völkermord ausbluteten, sanierte der Krieg die US-Wirtschaft.

W. I. Lenin kommentierte 1918: „Man kann wohl sagen, die amerikanischen Milliardäre waren reicher als alle anderen und befanden sich geographisch in der sichersten Lage. Sie haben sich am meisten bereichert. Sie haben sich alle, selbst die reichsten Ländern, tributpflichtig gemacht. Sie haben Hunderte Milliarden Dollar zusammengeraubt... Jeder Dollar trägt Blutspuren – aus jenem Meer von Blut, das die 10 Millionen Gefallenen und 20 Millionen Verstümmelten vergossen haben.“ (24) Auf dem amerikanischen Doppelkontinent hatten sich die USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit 30 interventionistischen Kriegen die Hegemonie gesichert. Im Ergebnis des Ersten Weltkrieges waren sie Weltmacht geworden. Der Anfang vom Ende der politischen und wirtschaftlichen Dominanz Europas in der Weltpolitik war eingeleitet.

Der Weltkrieg führte zugleich zum welthistorischen Ereignis der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland. Der Sieg der Sowjetmacht 1917 bedeutete nicht nur den Anfang vom Ende des völkermordenden Ersten Weltkrieges. Er bedeutete vor allem das Ende der kapitalistischen Alleinherrschaft in der Welt.

Mit der Oktoberrevolution in Russland 1917 und der Errichtung der Sowjetmacht auf einem Sechstel der Erde war eine Weltenwende eingeleitet worden. Eine Alternative zum kapitalistischen System

23 Dokumente zur deutschen Geschichte 1914 – 1917, Hrsg. von D. Fricke, Berlin 1976, S.22

24 Lenin Werke, Band 28, Dietz Verlag Berlin 1959, S. 50

des Expansionismus und des Strebens nach Maximalprofit war entstanden. Ein System, das Frieden wie die Luft zum Atmen brauchte. Marx und Engels hatten schon im Kommunistischen Manifest dargelegt, dass im Sozialismus, „im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz, eine neue Gesellschaft entsteht, deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht – die Arbeit.“ (25) Frieden war elementare Voraussetzung und Grundprinzip für Existenz und Entwicklung der jungen Sowjetmacht. Folglich war ihr erstes Dekret das über den Frieden. „Ein gerechter oder demokratischer Frieden, wie ihn die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und Werktätigen aller kriegführenden Länder ersehnt, ein Frieden, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das entschiedenste und beharrlichste gefordert haben, ein solcher Frieden ist nach Auffassung der Regierung ein sofortiger Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.“ (26)

Den Ruf der Bolschewiki, den Krieg zu beenden und Frieden zu schaffen, beantworteten die imperialistischen Mächte mit militärischer Gewalt. Die Bedrohungslüge sollte die Aggression rechtfertigen. 14 imperialistische Mächte fielen über das Sowjetland her. England und Frankreich baten die USA um Unterstützung ihrer Truppen. Daraufhin entschied US-Präsident Wilson, entgegen dem Rat seines Kriegsministeriums, 5.000 Soldaten nach Murmansk und 10.000 nach Wladiwostok zu entsenden. Das Ziel der Intervention brachte der damalige britische Marineminister Churchill auf einen kurzen Nenner: Es müsse die Revolution „bereits in der Wiege erwürgt werden.“ (27)

Die „**abendländische Kultur in Gefahr**“ fauchte es aus westlichen Gazetten. Bürgerliche Historiker meinten, einem nicht zu dulddenden „Konkurrenten der freiheitlichen Demokratie des Westens“ solle ein Ende bereitet werden.

25 Marx-Engels-Werke, Band 4, Dietz Verlag Berlin 1959, S. 479

26 Angebote zum Frieden, Initiativen der Sowjetunion zur Abrüstung, Verlag Marxistische Blätter Frankfurt am Main 1981, S. 77

27 http://de.wikipedia.org/wiki/Winston_Churchill

Antisowjetischer Propaganda-Feldzug

Die militärische Intervention der imperialistischen Mächte scheiterte. Die sozialistische Revolution konnte nicht „in der Wiege erwürgt werden.“ Das änderte nichts an der Entschlossenheit der imperialistischen Hauptmächte, die Entwicklung einer neuen Gesellschaft auf einem Sechstel der Erde zu verhindern. Das Gedeihen der neuen sozialistischen Gesellschaft setzte Frieden voraus.

In den 1920er Jahren unterbreitete die Sowjetunion zahlreiche Vorschläge zur Rüstungseinschränkung, zu allgemeiner Abrüstung, zu Nichtangriffspakten zwischen den Staaten Europas. Das Dekret über den Frieden aus den Oktober-Tagen der Revolution fand in diesen Initiativen seine logische Ergänzung. Kontinuierliche Friedenspolitik der Sowjetmacht wies aus, dass Frieden ein Wesenszug des Sozialismus ist, dass Sozialismus Frieden braucht und Frieden bringt. 1920 wandte sich der sowjetische Außenminister Tschitscherin an die Westmächte: „Wir wollen den Frieden, die Verständigung, aber eine wirkliche Verständigung, die beiden Seiten bei gleichen Bedingungen Vorteile bietet. Unsere Losung war und bleibt dieselbe: Friedliche Koexistenz mit den anderen Regierungen, wie diese auch sein mögen.“ (28)

Hatten die kapitalistischen Staaten das Friedensdekret mit militärischer Intervention beantwortet, so reagierten sie nun mit der Ausprägung des antisowjetischen Feindbildes und mit Aufrüstung. Die Gefahr einer „jüdischen Weltverschwörung“ gegen die „abendländische Kultur“ und die „Zivilisation“ überhaupt wurde erfunden. Churchill predigte die These einer „bolschewistischen Weltverschwörung“. Die Politik vor allem Englands, aber auch Frankreichs gegenüber Deutschland bestand vor allem darin, den ungestillten Expansionsdrang des deutschen Imperialismus auf einen antisowjetischen Kurs zu bringen. So wurde auf einer von der britischen Regierung einberufenen Konferenz proklamiert:

„Der Bolschewismus ist zu liquidieren.“ Mit einer Reihe von Abkommen vor allem der USA und Englands mit Deutschland wurde dafür gesorgt, dass die wirtschaftliche und finanzielle Souveränität des ehemaligen Kriegsgegners gestärkt wurde. Deutschland verdoppelte von 1925 bis 1929 seine Rüstungsausgaben. In diesen Jahren wiederholte und neue Vorschläge der Sowjetunion für Abrüstung, Freundschafts- und Nichtangriffsverträge sowie für eine Definition des Aggressors verfielen der Ablehnung durch die Westmächte.

Nazi-Partei zeigt sich bestätigt

Hitler und seine Gefolgschaft sahen sich angesichts der antisowjetischen Propaganda rechtskonservativer Vertreter des Großkapitals in England und auch in Frankreich in ihren programmatischen Auffassungen und Aussagen bestätigt und ermuntert.

Am 1. Januar 1921 war im „Völkischen Beobachter“, den die Nazis kurz zuvor erworben hatten, ein Grundsatzartikel veröffentlicht, der die außenpolitischen Leitsätze der Hitler-Partei darlegte: „Und wenn die Zeit gekommen ist, wenn sich der Sturm über die deutsche Ostmark zusammenzieht, dann gilt es, hunderttausend Männer zu sammeln, die bereit sind, ihr Leben zu lassen... Alle, die zum Letzten entschlossen sind, müssen mit der Haltung der Westjuden rechnen, die ein Klagegeschrei erheben werden, wenn der Angriff gegen die Ostjuden beginnt... Eines ist gewiss: die russische Armee wird nach einem zweiten Tannenberg über die Grenze zurückgeworfen werden. Das alles ist Sache der Deutschen und der eigentliche Beginn unserer Wiedergeburt.“ Den Artikel hatte der Nazi-„Philosoph“ Rosenberg geschrieben. Seine Grundthema lautete: „Im Grunde seiner Seele ist jeder Jude ein Bolschewik!“

Die Nazis sahen sich auch durch die von den USA und England betriebene praktische Deutschlandpolitik bestätigt. Der Dawes-Plan leitete 1924 Maßnahmen ein, die die „wirtschaftliche Wiederherstellung“ Deutschlands stärken und es in ein „Bollwerk des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion und die revolutionäre in Mitteleuropa“ verwandeln sollte Bewegung (29)

Mit der 1925 von England und Frankreich einberufenen Locarno-Konferenz gingen die Teilnehmer, zu denen auch Deutschland, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei gehörten, die Verpflichtung ein, die Unverletzlichkeit der Grenzen der westeuropäischen Anrainer Deutschlands zu achten. Die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei dagegen wurden ausdrücklich von dieser Garantie ausgenommen.

Im Jahr zuvor hatte Hitler in „Mein Kampf“ bestätigt, dass er verstanden habe: „Im russischen Bolschewismus haben wir den im 20. Jahrhundert unternommenen Versuch des Judentums zu erblicken, sich die Weltherrschaft anzueignen.“ (30) Die antisowjetische Bedrohungslüge gehörte zur ideologischen Grundausstattung Hitlers und seiner Partei: „Siegt das Judentum mit Hilfe seines marxistischen Glaubensbekenntnisses über die

29 Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, Band 3, Dietz Verlag Bln. 1966, S. 32
30 http://de.wikipedia.org/wiki/Jüdischer_Bolschewismus

Völker dieser Welt, dann wird seine Krone der Totentanz der Menschheit sein, dann wird dieser Planet wie einst vor Jahrmillionen menschenleer durch den Äther ziehen.“ (31) Der von den Nazis aufgefasste Expansionismus des deutschen Imperialismus wurde in die Parole einer „Erweiterung des deutschen Lebensraumes“ gekleidet. In „Mein Kampf“ wurde er in die Worte gefasst: „Nicht West- und nicht Ostorientierung darf das Ziel unserer Außenpolitik sein, sondern Ostpolitik im Sinne der Erweiterung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk.“ (32) Und an anderer Stelle wurde noch einmal betont: „Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm Untertanen Randstaaten denken...Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch.“ (33)

Reaktionäre Kräfte in imperialistischen Staaten feierten Hitler bereits als Befreier von „kommunistischer Bedrohung“. Die Hitler-Partei schaltete nach der Machtübernahme aus taktischen Gründen zunächst auf Friedensdemagogie. Die Beschwichtigungspolitik der Westmächte beförderte den von der Nazi-Partei und der faschistischen Regierung gesteuerten Kurs des deutschen Imperialismus auf „Neuordnung Europas“.

Im Frühjahr 1941, wenige Monate vor dem Überfall auf die Sowjetunion, erklärte Hitler dann in seinem Appell an die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen: „Ich werde Russland hinwegfegen und damit dem Bolschewismus den Todesstoß versetzen. Ich kämpfe diesen Kampf für ganz Europa, für die Erhaltung der europäischen Kultur.“ (34)

Faschistischer Kettenhund auf Spur gesetzt

Nachdem vom deutschen Großkapital und seinen politischen Verwaltern die Macht an die aggressivste Fraktion des deutschen Imperialismus übertragen worden war, beschloss die Reichsregierung die Truppenstärke des deutschen Heeres auf 300.000 Mann zu erhöhen und damit zu verdreifachen. Verstärkte Friedensdemagogie der deutschen Faschisten sollte den Kurs auf die programmatisch verkündete „Neuordnung Europas“ verschleiern.

Die imperialistischen Westmächte übten in der Systemauseinandersetzung mit der UdSSR gegenüber der vom Nazi-Regime betriebenen intensiven Remilitarisierung Deutschlands eine Politik der Beschwichti-

31 ebenda

32 ebenda

33 ebenda

34 A. Norden, Fälscher, Dietz Verlag Berlin 1959, S. 229

gung. Vereinbart wurde ein von der Nazi-Führung gefordertes deutsch-britisches Flottenabkommen.

In dieser Situation schlug die Sowjetunion vor, ein System der **kollektiven Sicherheit** in Europa zu schaffen. Wie bei früheren sowjetischen Initiativen hatten die Westmächte nur Ausflüchte bereit. Hitler-Deutschland antwortete herausfordernd mit der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht.

In England traten rechtskonservative Politiker verstärkt mit sowjetfeindlichen Losungen auf. Lord Loyd posaunte: „Deutschland öffnen wir den Weg nach Osten und geben ihm damit den so notwendigen Raum.“ (35) Die britischen Tories tönnten; „Damit Britannien lebt, muss der Bolschewismus sterben.“ (36)

1937 wurde im Londoner Henderson-Memorandum bekräftigt, dass eine gewisse Vormachtstellung Deutschlands in Osteuropa unvermeidlich sei. Ja, „es wäre nicht richtig, Deutschland daran zu hindern, seine Einheit zu vollenden und sich zum Krieg gegen die Slawen zu rüsten.“ (37) Lord Halifax, stellvertretender britischer Premier, rühmte Hitler, der den Kommunismus durch die Zerschlagung im eigenen Land zugleich den Weg nach Westeuropa versperrt“ habe, weshalb „Deutschland zu Recht als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus zu gelten beansprucht.“ (38) In diesem Geiste kam mit Zustimmung der britischen und der französischen Regierung der Anschluss Österreichs an das faschistische Reich zustande, wurde das Münchener Diktat zur Annexion der Sudeten unterzeichnet und die Tschechoslowakei zur Zerstückelung durch das Nazi-Regime freigegeben.

Vorschläge der Sowjetunion, eine internationale Konferenz für kollektive Hilfe für die Tschechoslowakei einzuberufen, waren zuvor von den Westmächten nicht akzeptiert worden. Ein weiterer Vorschlag Moskaus, einen Drei-Mächte-Beistandspakt zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion auf fünf oder zehn Jahre zu schließen, führte im Sommer 1939 zu Verhandlungen. Allerdings operierten London und Paris mit taktischen Finessen und Ausflüchten. Churchill meinte, Hitler könne auf den von Moskau vorgeschlagenen Pakt mit einem Präventivkrieg antworten. Verweigert wurde der UdSSR, im Fall eines deutschen Überfalls auf Polen dem überfallenen Land mit sowjetischen Truppen zu

35 Geschichte in Chronologie, Schachspiel der Mächtigen, 1919 - 1945, Teil 7

36 ebenda, Teil 6

37 ebenda, Teil 7

38 Der Spiegel, 2/1989

Hilfe zu kommen. Die Gespräche wurden seitens der Westmächte nicht von den Repräsentanten der Staaten geführt, wie sie es vor dem Münchener Diktat mit dem Nazi-Regime gepflegt hatten. Die Beauftragten der Westmächte besaßen keine Verhandlungsvollmachten. Man spielte auf Zeit. Verschleppungstaktik in diesen kriegsschwangeren Vorkriegs-Sommertagen von 1939 war seitens London und Paris angesagt.

Von Antisowjetismus geblendet, verhinderten die Westmächte eine Anti-Hitler-Koalition zu einer Zeit, als noch die reale Möglichkeit bestand, dem faschistischen Deutschland Zügel anzulegen und den Zweiten Weltkrieg zu verhindern. Für die imperialistischen Westmächte besaß die Systemauseinandersetzung mit der UdSSR Priorität. Ihr Kalkül, den imperialistischen Kettenhund von der Leine zu lassen, um mit seiner Hilfe die Sowjetunion von der Landkarte zu streichen, erwies sich jedoch als verhängnisvolle politische Fehlentscheidung.

Mit der Entfesselung des Krieges und dem Überfall auf Polen durch den nach Weltherrschaft strebenden deutschen Imperialismus war für die Westmächte eine völlig neue Situation geschaffen. Sie wurden Kriegsteilnehmer und durch den von Nazi-Deutschland geführten Vernichtungskrieg mit der Überlebensfrage für ihre Länder konfrontiert. Erst im Verlauf des Krieges entstand die Anti-Hitler-Koalition zwischen den imperialistischen Westmächten und der sozialistischen Sowjetunion, die sie gestern noch aus der Welt hatten schaffen wollen.

Der erste Versuch des Imperialismus, die sozialistische Revolution „in der Wiege“ zu erwürgen, war 1920 gescheitert. Er endete mit zehntausenden Opfern. Der zweite Versuch, die Sowjetunion mit Hilfe des faschistischen Deutschland von der Landkarte zu streichen, kostete über 60 Millionen Menschen das Leben.

Option Dritter Weltkrieg

Der Krieg war noch nicht beendet, da befassten sich in den USA und in England reaktionäre Kräfte mit Überlegungen für einen dritten Versuch, die Sowjetunion auszuschalten.

Am 15. April 1945, also drei Wochen vor Kriegsende in Europa und vier Monate vor dem Potsdamer Abkommen, berieten im US-Außenministerium Experten, darunter der spätere Außenminister John F. Dulles, auf die Weltherrschaft des US-Imperialismus gerichtete Pläne. Die Entwicklung Nachkriegsdeutschlands spielte darin eine wesentliche Rolle. „Die Gruppe beschloss..., Deutschland wieder aufzubauen und

dann zu remilitarisieren. Deutschland sollte zu einem 'Bollwerk gegen Russland' gemacht werden.“ (39) Der damalige stellvertretende US-Außenminister Grews war überzeugt: „Der kommende Krieg mit Russland liegt auf der Hand.“ (40)

Bei der Planung eines Dritten Weltkriegs scheuten sich die USA nicht, als Berater für „den kommenden Krieg“ auf Spezialisten und Vollstrecker einer faschistischen Kriegführung der Ausrottung und der „verbrannten Erde“ zurück zu greifen. 328 faschistische Generale und Offiziere waren seit Dezember 1945 wieder gefragt. Sie fassten im Auftrag des USA-Generalstabs in der „historical division“, der sogenannten historischen Division, ihr „operatives Wissen“ aus der „Operation Barbarossa“ in einem Plan für einen neuen „Ritt gen Osten“ zusammen. Die US-Zeitschrift „Newsweek“ berichtete später, der Plan stimme mit den Ansichten der westlichen Experten vom „West Point“ (der US-Militärakademie) überein. Beide gingen davon aus, dass jeder kommende Konflikt als ein Bewegungskrieg von viel schnelleren und gewaltigeren Ausmaßen als der letzte Krieg beginnen werde. Der Schlüssel zum Sieg bestehe darin, so wuchtig und weit vorzustoßen, um den Gegner aus dem Gleichgewicht zu werfen, seine Verbindungslinien zu zerstören und die Kontrolle über diesen neuen 'Kampfplatz von Europa' zu tragen. (41) Die Hitler-Generäle dachten, wie gehabt, an einen Blitzkrieg.

Sie legten auch eine Denkschrift vor, in der erklärt wurde, dass eine künftige deutsche Armee 12 Heeresdivisionen umfassen solle. Eine solche Armee müsse neben den anderen westlichen Streitkräften einen gleichberechtigten Rang haben. (42)

Seitens der US-Administration bestanden keine Skrupel bei diesem Geschäft, in dem die Nazi-Generäle Schutz vor Anklage und Bestrafung für begangene Kriegsverbrechen erhielten. Der Chef der CIA-Geheimoperationen Rastzke befand später: „Es war unbedingt notwendig, dass wir jeden Schweinehund verwendeten; Hauptsache er war Antikommunist.“ (43) Beide Partner verband das gleiche Feindbild – der Sozialismus, das „Böse“. In England hatte im Frühjahr 1945 Churchill den Generalstab der britischen Streitkräfte beauftragt, eine Studie anzufertigen, die

39 MI-Analyse 2005/18 vom 16. Juli 2005

40 Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus, Sachsenverlag 1951, S. 131/132

41 ebenda

42 Neues Deutschland, 26. Oktober 2010

43 Zit. In: C. Simpson, Der amerikanische Bumerang, Wien, 1988, S. 195

die Bezeichnung trug „Operation Unthinkable: Russia: Threat to Western Civilization“. („*Operation undenkbar: Die Bedrohung der westlichen Zivilisation durch Russland*“) Die Studie sollte Auskunft geben über die Chancen eines Krieges gegen die Sowjetunion. Am „Dritten Weltkrieg“ sollten auch deutsche Heeresverbände teilnehmen. Im Mai 1945 hatte Churchill seine Oberkommandierenden in Deutschland schon mal angewiesen, deutsche Truppeneinheiten weiter unter Waffen zu halten. **Der 1. Juli 1945 war als Tag des Überfalls geplant.** Die Studie kam jedoch zu dem Schluss, dass ein solcher Feldzug viele Risiken in sich berge und sehr opferreich sein könne. Churchill wird übrigens die Äußerung zugeschrieben, man habe – mit Blick auf Hitler-Deutschland und die Sowjetunion „das falsche Schwein geschlachtet“. (44)

Das verstärkte Hegemoniestreben des US-Imperialismus erwuchs aus der neuen Qualität des internationalen Status des Landes. Waren, wie gesagt, die USA im Ergebnis des Ersten Weltkrieges Großmacht geworden, so im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges Supermacht, die zeitweilig über das Atom-Waffen-Monopol verfügte und die den Anspruch auf Führung der Welt erhob.

Als einziges Hindernis für diesen Anspruch erwies sich die Sowjetunion. Das erste sozialistische Land hatte durch seinen entscheidenden Beitrag am Sieg der Anti-Hitler-Koalition international großes Ansehen und bedeutenden politischen Einfluss gewonnen.

Nuklearkrieg eingeplant

Bereits während der Potsdamer Konferenz begann Truman als Nachfolger des verstorbenen Roosevelt politischen und militärischen Druck auf die Sowjetunion auszuüben. Der von ihm befohlene Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki sollte die Führung der Sowjetunion veranlassen, den Ansprüchen der USA in wesentlichen internationalen Fragen nachzugeben. Der gleiche Mann hatte 1941, nach dem Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion seine **ganze politische Niedertracht** mit den Worten offenbart: „Wenn wir sehen, dass Deutschland gewinnt, sollten wir Russland helfen, und wenn Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, damit sich auf diese Weise soviel als möglich gegenseitig töten.“ (45)

Truman hatte nun mit Blick auf die sowjetische Führung vor dem Atomwaffen-Einsatz spekuliert: „Wenn die explodiert – und ich denke,

44 www.handelsblatt.com/panorama/aus-aller-welt/Großbritannien

45 The New York Times, 24. Juni 1941

sie wird – so habe ich zweifellos einen Hammer gegen jene Burschen.“ (46) Sein Außenminister Byrnes fügte hinzu: „Die Bombe könnte uns sehr wohl in eine Lage versetzen, unsere eigenen Bedingungen zu diktieren.“ (47) Die Führung der Sowjetunion zeigte sich unbeeindruckt. In seinen Memoiren berichtete der spätere sowjetische Außenminister Gromyko, der in Potsdam zur sowjetischen Delegation gehört hatte, wie Stalin sich im vertrauten Kreis dazu äußerte: „Zweifellos hoffen Washington und London, dass wir in nächster Zeit selbst nicht in der Lage sein werden, die Bombe zu entwickeln. In der Zwischenzeit wollen sie Amerikas Monopolstellung, in Wahrheit das Monopol Amerikas und Britanniens nutzen, um uns zu zwingen, ihre Ziele bezüglich Europas und der Welt zu akzeptieren. Aber das wird nicht geschehen!“ (48)

Truman gab drei Monate nach den Verbrechen an der japanischen Zivilbevölkerung Order für die „**Operation Totality**“. **Dahinter verbarg sich der Plan zur Vernichtung der Sowjetunion.** 20 bis 30 Atombomben sollten dafür eingesetzt werden. Der Kalte Krieg war im vollen Gange.

Churchill bekräftigte dies im März 1946 in seiner Rede in Fulton im US-Bundesstaat Missouri. Die westliche Welt sei, so hetzte er, „von der kommunistischen Tyrannei bedroht“ und deshalb zur „Verteidigung“ gegen den alten „Hauptfeind des Westens“ veranlasst.

Die USA-Administration wartete dementsprechend mit dem Plan auf, einen „Westblock“ europäischer Staaten gegen die „Bedrohung“ zu schaffen. **Die Bildung dieses „Blocks“ zielte auf die totale Abkehr von den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition, die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotenzials und den Ausbau Westdeutschlands als „Bollwerk gegen Russland“ und Aufmarschbasis für die von Truman entwickelte Strategie des „Roll back des Kommunismus.“** Und für das erforderliche Menschenpotenzial in einem neuen Feldzug gegen die Sowjetunion lag die Entscheidung ebenfalls vor: Das besiegte Deutschland müsse dem Block später unbedingt angehören. Der Kurs auf Schaffung der NATO und die Mitgliedschaft der BRD war angesagt.

Bis 1949 liefen Planungen des Pentagon für 15 vernichtende Nuklearangriffe gegen die Sowjetunion unter Tarnbezeichnungen wie „Broiler“, „Intermezzo“, „Fleetwood“, „Frolic“, „Halfmoon“, „Dualism“, „Trojan“ und „Dropshot“. Der zuletzt genannte Plan enthielt konkrete Vorstel-

46 Der Spiegel, 34/1985

47 zit. in: James V. Compton, *America and the Origins of the Cold War*, New York, 1972, S.

48 Junge Welt, 16. Juli 2015

lungen, welche Truppenverbände welche Städte und Republiken der Sowjetunion und welche Länder der Sozialistischen Staatengemeinschaft sie besetzen sollten.

1949 machte die Sowjetunion diese verbrecherischen Pläne zunichte – sie brach das Atomwaffenmonopol der USA. 1953 verfügte sie auch über die Wasserstoffbombe. Ein annäherndes militärisches Gleichgewicht zwischen beiden Supermächten war hergestellt.

Das halbe Deutschland als Frontstaat

Die Planer im Pentagon mussten sich auf das veränderte Kräfteverhältnis einrichten. Sie hatten zwar die Bildung eines „Westblocks“, der NATO, vorangetrieben. Sie hatten für diesen Pakt die Mitgliedschaft Westdeutschlands aus geografischen Gründen und mit Blick auf das deutsche Menschenpotenzial festgeschrieben. Und sie hatten Deutschland als Hauptbasis der USA in Europa auserkoren. Das vertrug sich in keiner Weise mit dem in Potsdam getroffenen Vereinbarungen für Nachkriegsdeutschland. Die US-Planer interessierte das wenig. Sie trafen Entscheidungen für die Schaffung separater staatlicher Strukturen in Westdeutschland, wie Regierung und Parlament, als Voraussetzungen für eine deutsche NATO-Mitgliedschaft. So konzentrierte sich die westliche Strategie auf das „halbe Deutschland, und (auf) das ganz“, wie es Adenauer später formulierte.

Die Spaltung Deutschlands als ein Tagesordnungspunkt der Deutschland-Politik der Westmächte wurde vollzogen.

Sie mussten zwar in der unmittelbaren Nachkriegszeit in ihren Besatzungszonen noch vortäuschen, als stünden sie zum Potsdamer Abkommen. Doch Schritt für Schritt entsorgten es die westlichen Militärregierungen mit ihren Maßnahmen. Hier seien nur die Bildung der Bi- und dann der Trizone, die mit dem Marshall-Plan verfolgte politische und wirtschaftliche Einbindung Westdeutschlands in den Prozess der Blockbildung, die von den drei Westmächten veranlasste Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung in Form des Parlamentarischen Rates und der Ausarbeitung einer Verfassung für einen westdeutschen Separatstaat und nicht zuletzt die separate Währungsreform für Westdeutschland und Westberlin erwähnt. Im Mai 1949 wurde schließlich das Grundgesetz verabschiedet und damit der Bonner Separatstaat konstituiert. Seine Staatsdoktrin war der Antikommunismus.

Initiativen der Sowjetunion in diesen Jahren für die Bildung einer deutschen Zentralregierung und den Abschluss eines Friedensvertrages mit

Deutschland sowie für friedliche Koexistenz wurden von antikommunistischen Bedrohungslegenden und Kriegsszenarien gegen die UdSSR konterert. Der Vorsitzende der Vereinigten Staatschefs der USA, General Bradley, ereiferte sich: „Sollten wir in einen dritten Weltkrieg eintreten, so ist es die Sowjetunion, die zertrümmert werden muss.“ (49) Der damalige Kommandeur der US-Luftstreitkräfte im Pazifik, General Kenny, erklärte: „Der Krieg mit der Sowjetunion scheint unvermeidlich. Der Gedanke einer friedlichen Koexistenz ist nichts als Humbug.“ (50)

In diesem Sinne erläuterte Adenauer im November 1950 vor dem Bundestag einen Kernpunkt seines außenpolitischen Programms: „Die Stärke (des Westens) ist nur gewährleistet, wenn die westliche Welt ihre Verteidigung organisiert. Die westlichen Mächte sind sich ferner darin einig, dass die Kräfte zur Verteidigung nur dann ausreichen, wenn auch Deutschland seinen Beitrag dazu leistet. Das deutsche Volk kann sich davon nicht ausschließen.“ (51) Möglicherweise war diese Hilfsbereitschaft des deutschen Bundeskanzlers eine Reaktion auf die in den USA verbreitete Anti-Kriegsstimmung, die in der Forderung gipfelte „Not our boys“. US-General Collins verdeutlichte: „Es ist genug, dass wir die Waffen liefern, unsere Söhne sollen nicht in Europa verbluten. Es gibt genug Deutsche, die für die USA-Interessen sterben können.“ (52)

Die deutschen „boys“ wurden in den Jahren bis zur NATO-Mitgliedschaft der BRD vom sogenannten Amt Blank rekrutiert. Federführend in diesem Amt waren 15 Generale, Admirale und Generalstabs-offiziere der Hitler-Wehrmacht. Darunter Heusinger, Speidel, Graf Kielmannsegg, Graf Baudissin und Ruge. Wie auf anderen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in der BRD, so wurde auch im militärischen Bereich personelle Kontinuität gewahrt. Der britische „Daily Express“ stellte treffend fest: „Der deutsche Generalstab, die unbarmherzig wirkende Maschine, welche 100 Jahre lang der Planentwerfer eines europäischen Krieges war, ist wieder da. Der deutsche Generalstabsmeisterplan ist nur wenigen offiziellen alliierten Kreisen bekannt. Die Franzosen mit ihrer Erinnerung an drei deutsche Invasionen sind alarmiert.“ (53)

Im August 1953 hatten die Söldner-Beschaffer bereits 100.000 Mann erfasst. Schnell wuchs diese Zahl auf 400.000 Mann an. Das Amt Blank

49 Neue Zeit, Moskau, 14/1954

50 Junge Welt, 16. Juli 2015

51 Verhandlungen des deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, 98. Sitzung, Bonn, 8. November 1950, S. 3566/67

52 Weißbuch über die amerikanisch-englische Interventionspolitik, a.a.O., S. 147

53 Daily Express, 16. Juli 1951

wurde 1955 Bonner Verteidigungsministerium. Von den 180 Stabsoffizieren im Ministerium waren 125 Ritterkreuzträger.

Mit Blick auf die künftige NATO-Mitgliedschaft der BRD orientierte Adenauer – in Übereinstimmung mit der „Rollback“-Strategie des US-Imperialismus – auf den „Tag X“: „Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird.“ (54) Einige Wochen vor der Ratifizierung des NATO-Vertrages unterstrich Adenauer noch einmal die Feindschaft gegenüber dem ersten sozialistischen Staat: „Die Sowjetunion ist unser Todfeind. Die Wiederaufrüstung soll die Vorbereitung einer Neuordnung Osteuropas sein.“ (55)

Die NATO-Mitgliedschaft der BRD ab Anfang Mai 1955 galt – wie überhaupt für alle Mitglieder des Paktes – nicht zuletzt dem Schutz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung im Allgemeinen und der Eigentumsverhältnisse im Besonderen.

Wettrüsten zum zu-Tode-Rüsten

Neben der Schaffung des aggressiven NATO-Paktes und der zu ihrer Rechtfertigung massiv vorgetragenen Kriegspropaganda setzte der US-Imperialismus auf ein kräftezehrendes Wettrüsten. Dem Militär-Industrie-Komplex der USA schwebte vor, die Sowjetunion zu Tode rüsten, um das annähernde strategische Gleichgewicht außer Kraft setzen zu können. Etliche Billionen Dollar wurden in den Jahren des Kalten Krieges für diesen Wahnwitz verpulvert. Um das Wettrüsten anzukurbeln, erfanden Experten der Psychologischen Kriegsführung im Pentagon immer wieder neue „Lücken“ in der Ausrüstung der US- und der NATO-Streitkräfte im Vergleich zu den sowjetischen Streitkräften. Die Realitäten verhielten sich diametral entgegengesetzt. Die Waffenlücken-„Kampagnen“ waren begleitet von Lügen über eine sowjetische Bedrohung.

Einige Beispiele, wie in BRD-Medien mit alarmierenden Schlagzeilen der Kalte Krieg angeheizt wurde:

- Der sozialdemokratische „Vorwärts“ am 14. Oktober 1955: „Die sowjetische Luftwaffe – Kriegsinstrument von beachtlicher Stärke. Kein zuverlässiger NATO-Abweherschirm.“

54 dpa, 16. November 1954

55 Stuttgarter Zeitung, 22. März 1952

- Die „Nürnberger Nachrichten“ am 1. Dezember 1957: „Die Sowjetraketen bedrohen USA.“
- „Die Welt“ am 2. August 1969: „Moskau hat einen Vorrat von 350.000 C-Waffen.“
- Der „Stern“ am 29. August 1971: „Vorstoß bis zum Rhein in drei Tagen.“
- Die „Süddeutsche Zeitung“ am 13. Oktober 1972: „Kreml-Marschälle forcieren Blitzkriegs-Doktrin.“

Auch Bücher wurden für diese Kampagne aufgelegt mit Titeln wie: „Chruschtschow 50 km vor Hamburg“ oder „Partisanen im Schwarzwald“ oder „Zum Frühstück in München. Möglichkeiten und Absichten der Sowjetischen Militärpolitik“ usw.

Der Bevölkerung sollte ein falsches Bewusstsein eingetrichtert, Bedrohungsängste sollten erzeugt und „Wehrbereitschaft“ entwickelt werden. Oft wurden „Waffenlücken“ dann „entdeckt“, wenn die UdSSR neue Initiativen zur Abrüstung und zur militärischen Entspannung, also zur Friedenssicherung unternahm. 1952 schlug die Sowjetunion eine Weltkonferenz zur Beratung von Schritten zur Abrüstung vor. (Etliche sowjetische Vorschläge führten in der Entspannungsphase der 1970er Jahre zu vertraglichen Vereinbarungen. So beispielsweise das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Toxin-Waffen und ihre Vernichtung.) 1978 brachte die Sowjetunion in die UN-Sondertagung über Abrüstung Vorschläge zur Einstellung der Produktion von Massenvernichtungswaffen und für ein Verbot der Neutronenwaffe ein.

Die antisowjetische Hetze richtete sich lange auch gegen die Initiative der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten, eine Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit einzuberufen. 1966 hatten sie sich mit diesem Appell an die europäischen Staaten gewandt. Eine „Wende zur Minderung der Spannungen in Europa“ sollte herbeigeführt und es sollten gutnachbarliche Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz entwickelt werden. An der Konferenz sollten auch die USA und Kanada teilnehmen. Nach neun Jahren sahen sich die Westmächte veranlasst, der Einberufung der „Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit“ in Helsinki zuzustimmen. Das internationale Kräfteverhältnis war zu diesem Zeitpunkt gegenüber früheren Jahrzehnten grundlegend zugunsten der Friedenskräfte in der Welt verändert. Die Sowjetunion als Atommacht, die Staaten des sozialistischen Lagers, die Bewegung der Nichtpaktgebundenen und die weltweite

Friedensbewegung bewirkten, dass der Kalte Krieg durch eine Entspannungsphase unterbrochen wurde.

Mit Reagan traten Anfang der 1980er Jahre die Neokonservativen in den USA mit der Auffassung auf, das „Gleichgewicht des Schreckens“ sei zu durchbrechen. Mit der Strategie der „direkten Konfrontation“ sollten „Enthauptungsschläge“ mit taktischen Atomwaffen geführt werden, um die politische und militärische Führung der Sowjetunion ausschalten zu können. Ein „begrenzter Atomkrieg“ in Europa sollte geführt werden. „Präzise Vernichtungsschläge“ ohne das Risiko eines strategischen Schlagabtauschs sollten erfolgen. Das „Gleichgewicht des Schreckens“ und machtvolle Aktionen der Friedensbewegung erwiesen sich als zuverlässige Barriere. Es gebot den Pentagon-Planern Einhalt.

Die Herrschenden in der BRD verstanden ihren Staat als „Großmacht im Wartestand.“ In der Systemauseinandersetzung und dem Kalten Krieg dienten sie sich den USA als zuverlässige, immer einsatzbereite Partner an. Nach 20 Jahren Mitgliedschaft in der NATO teilte die Bundesregierung voller Stolz mit: „Unser überragender Beitrag zur konventionellen Verteidigung drängt uns neben unseren finanziellen Leistungen immer stärker in die Rolle des nach den USA wichtigsten und einflussreichsten Partners in der Allianz.“ (56)

Im Ergebnis der Systemauseinandersetzung obsiegte aus sehr unterschiedlichen Gründen der Imperialismus. Das Wettrüsten war einer der Gründe.

Das „Roll back“ bleibt

Mit dem Ende des europäischen Sozialismus, dieser tiefen negativen Zäsur in der Entwicklung der Menschheit, brach der stärkste internationale Friedensfaktor weg. Eine neue Etappe imperialistischer Neuaufteilung der Welt wurde eingeleitet. Die imperialistischen Hauptmächte führen den Kampf um Märkte, Warenexport, Ressourcen und Kapitalexpert sowie um Stützpunkte und Machtzuwachs. Die USA als führender imperialistischer Staat verfolgen das Ziel, mit der „Neuordnung der Welt“ eine unipolare Welt auszubauen. Der terroristische Anschlag auf das World Trade Center - von wem auch immer in Szene gesetzt, von manchen Analysten als „Gottesgeschenk“ für die „Neuordner“ bezeichnet - wurde von den US-Strategen während der Präsidentschaft des George W. Bush zum Anlass genommen, den „weltweiten Krieg gegen den Ter-

ror“ zu eröffnen. **Eine Fassade, hinter der militärischer Interventionismus gegen „missliebige Staaten“ praktiziert wird.**

„Neuordnung der Welt“ und „unipolare Welt“ schließen für den US-Imperialismus als Welt-Führungsmacht Konkurrenten und Rivalen aus. Die Bush-Administration verabschiedete deshalb 2002, wie schon erwähnt, den „No Rivals-Plan“. Er besagt, „den Aufstieg eines globalen Rivalen zu verhindern“ und deshalb „dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten zuvorzukommen.“ (57)

Bush-Nachfolger Obama dozierte in der US-Militärakademie „West Point“: „Amerika muss auf der Weltbühne immer führen. Wenn wir es nicht tun, tut es kein anderer“. Er fügte hinzu, sein Land werde auch künftig allein in den Krieg ziehen, wenn „die Kerninteressen der USA bedroht“ seien. (58) Der Oberbefehlshaber hatte in der Elite-Akademie der US-Army unmissverständlich die Marschroute umrissen.

Nun ist die Russische Föderation kein sozialistischer Staat, wie es die UdSSR einer war. Und trotzdem wird sie vom US-Imperialismus als Hauptfeind betrachtet und behandelt. Mit ihrer Existenz und der Außenpolitik ihrer Regierung ist sie nicht schlechthin „globaler Rivale“ der USA. Sie stellt - neben China - das schwerste Hindernis für die Durchsetzung des Weltherrschaftsanspruchs der USA dar. Wenn von der Russischen Föderation gesprochen wird, muss auch vom Doppelkontinent Eurasien gesprochen werden. Und es muss in diesem Zusammenhang an die Politvorgabe des US-Präsidentenberaters und -Strategen Brzezinski immer wieder erinnert werden. Der hatte in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ zu den geopolitischen und geoökonomischen Interessen und Zielen des US-Imperialismus u.a. festgestellt, Eurasien sei „das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“ (59)

Nun hat Obama 2012 den geopolitischen Schwerpunkt der USA in den asiatisch-pazifischen Raum verlegt. „Wir sind hier und wir werden hier bleiben“, (60) betonte er. Die US-Präsenz in dieser Region habe oberste Priorität. Seine damalige Außenministerin Hillary Clinton hatte schon 2011 „Amerikas pazifisches Jahrhundert“ proklamiert. Mit diesem Strategiewechsel ist die Auseinandersetzung mit dem künftigen Haupt rivalen China programmiert. Die NATO an der Chinesischen Mauer - das

57 www.glasnost.de/militaer/92/norivals

58 www.spiegel.de>Forum>Politik

59 Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Beltz Quadriga Verlag, Weinstein und Berlin, 1997, S. 54

60 Spiegel online, 17. November 2011

mag ein Wunschbild der Planer im Pentagon und in der Brüsseler NATO-Zentrale sein. Aber – da ist immer noch Russland. Und zwar mit einem Präsidenten, der nicht Jelzin, sondern Putin heißt. Und da sind die Vorschläge dieses Russlands für die Gestaltung der internationalen Beziehungen. Moskau hat in den vergangenen Jahren wiederholt Vorschläge unterbreitet für Abrüstung, für europäische Sicherheit, für einen Wirtschaftsverbund zwischen EU und Eurasischer Union. Vorschläge, die auf friedliche Koexistenz zwischen kapitalistischen Staaten hinauslaufen. In seiner Rede zum Jahrestag des Sieges über den Faschismus hat Putin den Versuch zurückgewiesen, eine unipolare Welt und ein neues Blockdenken zu schaffen. „All das unterspült den Frieden“, führte er aus. „Es muss unsere gemeinsame Aufgabe sein, ein System aufzubauen, das gleiche Sicherheit für alle Staaten garantiert und den aktuellen Bedrohungen gut entspricht. Nur so können wir Frieden und Sicherheit auf unserem Planeten gewährleisten.“ (61)

Wie immer in den vergangenen hundert Jahren, wenn Moskau Vorschläge zur Sicherung des Friedens in unserer Welt unterbreitete, reagieren Kräfte des Westens und ihre Medien, die ihre Klasseninteressen über Menschheitsinteressen stellen, mindestens mit Totschweigen, mit Entstellungen oder mit Schmähungen und einer neuen Variante der Bedrohungslüge. Russland soll auf jeden Fall aus der Weltpolitik ausgeschaltet werden.

Die Attacken gegen Russland als das „Böse“ erfolgen auf vier Gleisen:

- Auf militärischem Gebiet wird in Fortsetzung des jahrzehntelangen Kalten Krieges die Einkreisung Russlands verstärkt fortgesetzt.
- Mit dem Griff nach der Ukraine wurde ein Höhepunkt des NATO-Aufmarschs erreicht.
- Auf ökonomischem Gebiet wird ein Wirtschaftskrieg mit Sanktionen geführt, der Russland in den Bankrott bringen soll. Die G7 haben in Vorbereitung ihres Gipfels im bayerischen Elmau in einer Erklärung gedroht, den Preis, den Russland „für sein widerständiges Vorgehen zu zahlen hat, weiter zu erhöhen.“ (62)
- Auf psychologisch-ideologischem Gebiet wird ein Informationskrieg gegen Russland geführt, der in manchen Phasen an dunkelste Zeiten der deutschen Geschichte erinnert. Die im Ukraine-Konflikt betriebene Verleumdung Russlands als Aggressor und die zeitweilig entfachte Kriegshysterie, die unseligen Vergleiche Putins mit Hitler, wie sie

61 FAZ, 9. Mai 2015

62 www.bild.de>Politik>Inland

vor den Aggressionsakten gegen Milosevic, Saddam Hussein, Gaddafi und Assad üblich waren, die schändlichen antirussischen Schmähungen des entscheidenden Anteils der Sowjetunion an der Befreiung der Völker Europas vom Faschismus – all dies sind Bestrebungen, das Denken der Menschen in einer Weise zu manipulieren, um Friedenswillen zu untergraben.

Auf dem Gebiet der direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands soll die Wählerarbeit „Fünfter Kolonnen“ intensiviert werden, um „Opposition“ zu organisieren bzw. zu unterstützen. Das Think Tank der Europäischen Volkspartei (EVP) hat Anfang Mai darauf orientiert, jegliche Bemühungen, mit Russland wieder enger zu kooperieren, einzustellen. Stattdessen sollen in Russland agierende Nicht-Regierungsorganisationen und religiöse Gemeinschaften in die prowestlichen Einflussaktivitäten stärker eingebunden werden. (63)

Drei Minuten vor Zwölf

Die angespannte politische Lage auf unserem Kontinent bleibt infolge der Ukraine-Krise bestehen. Ein Telefongespräch Obamas mit Putin zwischendurch kann darüber nicht hinwegtäuschen. Eben so wenig, wie das Zusammenkommen der Kontakt-Gruppe zur Überprüfung des Minsk-II-Abkommens. Solange die NATO ihren Aufmarsch in Grenznähe zu Russland und ihre Kriegsmanöver nicht einstellt, so lange Kiew sich weigert, das Gespräch mit den Vertretern der Aufständischen in der Ostukraine zu führen, und so lange der Propagandakrieg gegen die Russische Föderation andauert, ist Gefahr für den Frieden im Verzuge.

„Der Spiegel“ kommt nicht umhin, die Brisanz der gegenwärtigen Lage in Europa zu konstatieren: „Ein tragischer Zwischenfall, der einen verhängnisvollen Automatismus auslösen könnte, ist eigentlich nur eine Frage der Zeit. Darin liegt die eigentliche Gefahr in diesen Tagen. Anders als im Kalten Krieg gibt es heute kaum noch verlässliche Kontakte und Institutionen zwischen Amerika und Russland. Internationale Institutionen wie die UNO oder die OSZE haben dramatisch Einfluss verloren. Ein politischer Dialog existiert so gut wie nicht mehr.“ (64)

„Junge Welt“ bewertet mit Sorge die gegenwärtige Situation: „Je mehr der Westen Russland gegen die Wand drückt, je mehr schwere Waffen der NATO direkt an die Grenze Russlands stationiert werden, je mehr

63 German Foreign Policy, 7. Mai 2015

64 Der Spiegel, 26/2015

die westliche Rhetorik sich in aggressiven Slogans überschlägt, desto labiler und unberechenbarer wird die Lage, aus der heraus aufgrund von Fehleinschätzungen oder falschen Informationen kleine, bewaffnete Konflikte über die russische Grenze hinweg entstehen können. Wegen ihrer Nähe zur Hauptstadt Moskau können auch kleine Konflikte an der russischen Westgrenze schnell strategische Bedeutung gewinnen, entsprechend rapide eskalieren und unbeherrschbar werden. Führt man bei dieser Ausgangslage hysterische und gewaltbereite Russenfeindschaft in vielen Regierungen der neuen NATO-Mitglieder im Osten Europas mit ins Kalkül, dann wird die Lage vollkommen unabwägbar. Dennoch betreiben Washington und die NATO die Neuauflage des Spiels mit dem nuklearen Feuer offensichtlich mit großer Hingabe.“ (65)

Seit 1947 arbeitet die symbolische Atomkriegsuhr, die Doomsday Clock. Der Aufsichtsrat des „Bulletin of the Atomic Scientists“, dem gegenwärtig 17 Nobelpreisträger angehören, entscheidet darüber, ob die Uhr verstellt wird. Zurzeit steht sie auf drei Minuten vor zwölf. Zuletzt war diese Zeit 1983 angezeigt worden, als Reagan einen „begrenzten Atomkrieg“ in Erwägung zog und die beiden Supermächte das nukleare „Teufelszeug“ in Stellung gebracht hatten.

Der Stand der Zeiger der Doomsday Clock soll die Völker nicht in Panik versetzen. Er soll allerdings ernste Warnung sein. Er soll die Politik veranlassen, den Dialog zu führen, um politische Lösungen für die anstehenden internationalen Probleme zu suchen und zu finden. Vorschläge und Initiativen dafür liegen vor. Man muss nicht Russland-Versteher sein, um zu sehen, dass aus Moskau entsprechende Überlegungen stammen.